

## "Was ist von der Europäischen Versammlung zu erwarten?" in Le Figaro (10. August 1949)

**Legende:** Anlässlich der ersten Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates am 10. August 1949 unterstreicht die französische Tageszeitung Le Figaro die Symbolkraft dieser Institution, hebt aber gleichzeitig ihre politischen Grenzen hervor.

**Quelle:** Le Figaro. 10.08.1949. Paris. "Que peut-on attendre de l'Assemblée Européenne?", auteur:Aron, Raymond.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU  
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/was\\_ist\\_von\\_der\\_europaischen\\_versammlung\\_zu\\_erwarten\\_in\\_le\\_figaro\\_10\\_august\\_1949-de-d5c16569-7cd6-4c91-bf12-25bd45446e91.html](http://www.cvce.eu/obj/was_ist_von_der_europaischen_versammlung_zu_erwarten_in_le_figaro_10_august_1949-de-d5c16569-7cd6-4c91-bf12-25bd45446e91.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Was ist von der Europäischen Versammlung zu erwarten?

Von Raymond ARON

Niemand wird die Symbolkraft der Sitzung des Europarates und insbesondere der Beratenden Versammlung in Straßburg bestreiten. Die von den Regierungen benannten oder vom Parlament gewählten Vertreter zehn souveräner Staaten werden gemeinsam die Keimzelle eines europäischen Parlaments bilden. Die Optimisten führen an, dass ein solches Ereignis noch vor wenigen Jahren einfach unvorstellbar gewesen wäre.

Unglücklicherweise – oder auch nicht – leben Institutionen nicht von ihrer „Symbolkraft“. Wenn die Europäische Versammlung sich eher für Worte als für Taten begeistert, wenn sie sich in Details verzettelt oder sich im Gegenteil zu grandiosen und nicht realisierbaren Plänen versteigt, wenn sie nur passiv den Direktiven des Ministerkomitees folgt oder sich ihm im Gegenteil zu brutal widersetzt, so wird die Enttäuschung ebenso groß sein wie die unvorsichtig geschürten Hoffnungen. Das Risiko einer Enttäuschung ist umso höher, als man in der Tat Mühe hat herauszufinden, was der Europarat tun könnte, um seine Existenz zu rechtfertigen.

### Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird sicher nicht durch fehlende Kontakte zwischen den Ministern oder den Mangel an Fachausschüssen gelähmt. Die OEEC hat bereits einen riesigen Verwaltungsapparat entwickelt – und folgt damit dem Gesetz der natürlichen Ausbreitung aller Verwaltungen (insbesondere der internationalen). Ein Generalstab der „Fünf“ tagt in Fontainebleau.

Auf wirtschaftlicher Ebene waren die Bemühungen bisher von einem eindeutigen Misserfolg gekrönt. Trotz der feierlichen Erklärungen gibt es heute weniger wirkliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern Europas, als dies vor 1939 der Fall war – oder jedenfalls vor 1914. Die Gründe für dieses vorläufige Scheitern sind hinreichend bekannt.

Im Großen und Ganzen sind die Strukturen der diversen europäischen Länder vergleichbar: Sie importieren Rohstoffe und exportieren gewerbliche und industrielle Erzeugnisse und leiden daher unter dem gleichen Übel. Sie sind nicht in der Lage, sich über Verkäufe in der westlichen Hemisphäre die benötigten Dollars zu beschaffen. Und kurzfristig werden sie sie auch nicht bekommen, wenn sie sich zusammentun. Die Addition mehrerer Defizite ergibt noch keinen Überschuss.

Es sind zwei Wege der wirtschaftlichen Integration vorstellbar: Der eine führt über den freien Handel und die Marktmechanismen, der andere über die Koordinierung der Investitionen und allgemeiner über nationale Planwirtschaft. Doch der eine wie der andere scheinen derzeit ausgeschlossen. Im Prinzip neigen die Länder, in denen die Arbeiterparteien dominieren – Großbritannien, Schweden, Norwegen – zur Planwirtschaft, die Länder auf dem Kontinent mit konservativer Mehrheit – Belgien (obwohl die belgischen Sozialisten weiter an der Regierung beteiligt sind) und Italien – zum Liberalismus. Eine supranationale Planung stößt sowohl auf den Widerstand der liberalen Länder als auch auf die Weigerung aller Länder, ihre Industriestruktur im europäischen Rahmen „neu zu überdenken“. Die „Liberalisierung“ des innereuropäischen Handels scheint einige Fortschritte zu machen, doch solange die Währungen nicht konvertibel sind und der Warenaustausch quantitativen Beschränkungen unterliegt, werden wir über das Stadium der Notlösungen nicht hinauskommen.

Schon die einfache Aufteilung des Kuchens (das heißt der Kredite aus dem Marshallplan zwischen den Nutznießern) wird dieses Jahr zu größeren Schwierigkeiten führen: Der Kuchen ist kleiner geworden und der Appetit größer. Elf Nationen, darunter Italien, Griechenland, Norwegen und Großbritannien verlangen mehr Dollars, die aus einem verminderten Gesamtbetrag abgezweigt werden sollen.

Wirtschaftliche Diskussionen sind der europäischen Versammlung nicht untersagt, aber man rät ihr davon ab. Soll das Parlament sich darüber hinwegsetzen? Wäre es in der Lage, den nationalen Regierungen den „europäischen Geist“ einzuhauchen, der ihnen fehlt? So verführerisch eine solche Perspektive auch ist, sie

erscheint mir illusorisch. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird Anlass geben zu einigen großartigen Reden über die jeweiligen oder kombinierten Tugenden des freien Handels oder der „internationalen Nationalisierung“ der Schlüsselindustrien. Es ist kaum anzunehmen, dass die Parlamentarier in Straßburg in wenigen Tagen Ergebnisse in Bereichen erzielen können, für die selbst die nationalen Parlamente bisher nicht die Zeit fanden (die französische Nationalversammlung hat sich nie mit dem Monnet-Plan befasst) und an denen die besten Experten seit Monaten vergeblich arbeiten. Große Reden über technische Themen zu schwingen würde einigen Abgeordneten des Kontinents nicht missfallen. Der ohnehin zögerliche Glaube der Briten würde solchen verbalen Versprechungen nur schlecht widerstehen.

Bekanntlich hat die Versammlung berechtigterweise keine Kompetenz im Bereich der militärischen Zusammenarbeit. Schweden, das Mitglied der Versammlung ist, will seine Neutralität bewahren und ist dem Atlantischen Bündnis nicht beigetreten. Zudem wurden die Divergenzen zwischen den westlichen Mächten bezüglich der Organisation der Befehlsstrukturen und verschiedener strategischer Auffassungen mit einer eher demagogischen als demokratischen Offenheit in der Öffentlichkeit ausgetragen, was einen die Zeiten verschwiegener Diplomaten und geheimer Kanzleien schmerzlich vermissen lässt.

Die Begrenzung der Rechte der Versammlung war ein wichtiger Punkt. Sie kann ihre Tagesordnung nicht selbst bestimmen, die vom Ministerkomitee verabschiedet wird. Die Versammlung nimmt Empfehlungen mit Zweidrittelmehrheit an, aber den Ministern steht es frei, diese einstimmig abzulehnen. Es ist völlig klar, dass die Versammlung keinerlei Souveränität besitzt. Doch was täte sie, wenn sie eine hätte? Woran würde sie arbeiten?

Verteidigung und Wirtschaft sind ausgeschlossen – was bleibt? Politik und Kultur, nun gut. Aber werden die kulturellen Fragen – von der Achtung der Person über den europäischen Pass bis zur europäischen Universität – der öffentlichen Meinung als ausreichend wichtig erscheinen, um der Versammlung ein ihren Ambitionen entsprechendes Ansehen zu verleihen? Und welche wirklich politischen Fragen wird man ihr wohl vorlegen wollen, während die nationalen Leidenschaften sich alle Augenblicke wieder entzünden? Der – meiner Meinung nach unglückliche – Vorschlag einer autonomen Vertretung des Saarlandes, den man der französischen Regierung zuschrieb, reichte aus, um Dr. Schumacher in Wut zu bringen: Wenn das Saarland in der Versammlung präsent sei, werde Deutschland ihr nicht beitreten! Wenn man bedenkt, dass eines der Hauptanliegen der europäischen Bewegung darin besteht, die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zu fördern, so gibt dieser Zwischenfall Anlass zu einiger Beunruhigung.

Was kann man von dieser ersten Sitzung der Versammlung erwarten? Meinem Verständnis nach im Wesentlichen drei – begrenzte, aber sichere – Ergebnisse: zunächst der Beweis, dass eine effektive Zusammenarbeit zwischen Parlamentariern möglich ist, die unterschiedlichen Schulen entstammen und nicht alle die beiden offiziellen Sprachen beherrschen. Dann eine Positionierung Westeuropas gegenüber Deutschland. (Es wird sicher einige Abgeordnete geben, die eine Fortsetzung der „Demontagen“ im Jahr 1949 in Frage stellen werden, selbst wenn die Herren Bevin und Schuman ihre Verärgerung hierüber zum Ausdruck bringen sollten.) Schließlich könnte die Versammlung zum Thema der wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas einige Vorschläge formulieren, die weiter gehen als die derzeit herrschende Situation –, ohne utopisch zu erscheinen. Wenn die Versammlung in drei Wochen ein derartiges Programm absolviert, ein vernünftiges Prozedere erarbeitet, das wahrscheinlich mehr von der britischen als von der kontinentalen Praxis gekennzeichnet ist, und dazu einige Debatten oder konkrete Empfehlungen für die Weiterverfolgung bestimmter Themen bietet, so wird dadurch weder der Weltfrieden garantiert noch die Einheit des alten Kontinents verwirklicht. Doch wenigstens hätten die siebenundachtzig Parlamentarier es geschafft, dass eine große Idee nicht gleich bei der ersten Probe aufs Exempel untergeht.

Raymond ARON